

Wir wollen ein zukunftsweisendes und demokratisches Krisenpaket

- **250.000 soziale und ökologische Arbeitsplätze schaffen**
- **Finanzierung mit Vermögens- und Transaktionssteuern**
- **Grundversorgung demokratisieren**
- **Finanzmärkte entmachten durch Regulierung**

Die Regierenden haben die Krise durch falsche, neoliberale Politik nicht nur mitverursacht, sondern sie retten jetzt mit ihren Paketen auch die Krisenverursacher, anstatt sie zur Verantwortung zu ziehen. Bei der Allgemeinheit wird weiter oder noch härter gespart. Anstatt aus der Krise zu lernen, soll es weiter gehen wie bisher. Wir haben genug von dieser Politik und von einem Wirtschaftssystem, das Menschen und Umwelt ausbeutet. Wir wollen ein anderes Wirtschaftssystem, in dem es nicht vorrangig um Gewinnstreben, Konkurrenz und Wachstum geht, sondern um umfassende Bedürfnisbefriedigung im Sinne der Menschenrechte, um globale Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit und echte Demokratie. Ein erster Schritt in diese Richtung ist ein alternatives Krisenpaket, das den Menschen und der Umwelt nützt. Wir fordern:

>>Sinnvoll und solidarisch Wirtschaften:

- **250.000 sinnvolle Arbeitsplätze und Lehrstellen schaffen:** in demokratisierten Bereichen wie Bildung, Gesundheitsbereich, Pflege, öffentlicher Verkehr, Post und Internet, thermische Gebäudesanierung, biologische Landwirtschaft, erneuerbare Energieträger, ökologischer Strukturwandel, globale Forschungsk Kooperation, Entwicklungszusammenarbeit, ...
- **Arbeit und Einkommen gerecht teilen:** Ausbau der sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit und garantierter Zugang zu einer existenzsichernden und repressionsfreien Mindestsicherung. Der erzielte Produktivitätsfortschritt der letzten Jahrzehnte muss sich auch in einer reduzierten Normalarbeitszeit widerspiegeln. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen nicht verschlechtern und zu keiner Minderung der Kaufkraft führen.
- **Menschenwürdige Arbeit:** Alle Arbeitsverhältnisse müssen voll sozial abgesichert werden, ein Mindestlohn, der ein menschenwürdiges Leben sichert, muss eingeführt und umgesetzt werden.

>>Finanzieren durch Umverteilen:

- **Vermögenssteuern:** Besteuerung der obersten 10 Prozent, die zwei Drittel des Vermögens besitzen, mit durchschnittlich 1,5% würde in Österreich pro Jahr 10 Milliarden Euro einspielen.
- **Ökologische Steuerreform:** Eine ökologische Steuerreform muss durch eine Verteuerung des Faktors Energie und erschöpflicher Ressourcen finanziert werden. Eventuelle Benachteiligungen sozial Schwacher müssen dabei ausgeglichen werden.
- **Finanztransaktionssteuer:** Die Finanztransaktionssteuer würde laut einer Wifo-Studie in einem mittleren Szenario (Steuersatz 0,05%; mäßiger Rückgang des Transaktionsvolumens) bei EU-weiter Einführung 233 Milliarden US-Dollar pro Jahr einspielen.

>> Demokratisieren statt liberalisieren:

- Wir fordern einen **Stopp weiterer EU-Liberalisierungen**, der WTO-Doha-Runde sowie einen sofortigen **Privatisierungsstopp** bei Post, Bahn und anderen öffentlichen Dienstleistungen.
- Post, Bahn, Großbanken, Energieversorger und andere **Grundversorgungsbereiche** müssen unter **öffentliche Kontrolle** gebracht, teils zurückgeholt werden. Dieses Eigentum gehört uns allen, dem demokratischen Souverän! Wir fordern: Unsere Post, unsere Bahn, unsere Uni, unsere Bank!

>> Finanzmärkte entmachten durch Regulierung: Das Casino schließen

- **Alle Akteure** (Banken, Versicherungen, Fonds) und alle Produkte müssen reguliert und gemeinwohlgefährdende Praktiken und Produkte (zum Beispiel CDS) verboten werden.

- Die **öffentliche Hand** muss bei geretteten Banken für jeden Euro ein **Mitspracherecht** erhalten. Banken, die weiteres Staatsgeld benötigen, müssen unter öffentliche Kontrolle gebracht werden.
- **Steueroasen** müssen geschlossen, Kapitaleinkommen in punkto Transparenz und Besteuerung gleich behandelt werden wie Arbeitseinkommen.
- Die österreichische Regierung muss sich für die **Vorschläge der Stiglitz-Kommission in der UNO** (Weltfinanzbehörde, Weltreservewährung, Steuerkooperation) und für einen **demokratischen Prozess** unter Beteiligung von Parlamenten und der Zivilgesellschaft einsetzen.